

# Nachhaltige und sozialdemokratische Lösungen für globale Herausforderungen

## I. Wir folgen den Zielen und Perspektiven der Solidarität.

### Ein gutes Leben für alle.

Wir SozialdemokratInnen setzen uns für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben über nationale Grenzen hinweg ein. Wir streben eine sozial und ökonomisch gerechte Welt an, in der jeder Mensch ein **gutes und selbstbestimmtes Leben** führt, in dem seine Grundbedürfnisse befriedigt sind und er respektvoll mit seinen Mitmenschen und der Umwelt umgeht. Mit der Agenda 2030, in der die drei Aspekte der Nachhaltigkeit – die soziale, die ökologische und die wirtschaftliche Komponente – verankert sind, hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf einen gemeinsamen Wegweiser in die Zukunft verständigt.

Wir sehen, dass das kapitalistische Wachstumssystem uns dem Ziel, einem guten Leben für alle, nicht näher bringt. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich nehmen immer rascher zu. Unterdrückung und Ausbeutung, Hunger und Mangelernährung, fehlender Zugang zu sauberem Wasser, medizinischer Versorgung und Bildungseinrichtungen sowie Demokratiedefizite sind nur einige Merkmale menschenunwürdiger Lebensbedingungen, die viel zu viele ertragen müssen. Wir verwehren uns gegen die verbreitete Ansicht, dass „Entwicklung“ die globale Kopie der westlichen Lebensweise zum Ziel hat.

### Wir stehen vor globalen Herausforderungen.

**Weltweite Herausforderungen** wie Klimaüberhitzung, Wirtschaftskrisen und zu schwache Regierungsstrukturen brauchen globale und sozial wie ökonomisch und ökologisch zukunftsfähige Antworten. Dazu zählen nachhaltige und gerechte Ressourcenverteilung, regional selbstbestimmte Landwirtschaft sowie umfassender und hochwertiger Umweltschutz. Das weltweite Einhalten der Menschenrechte, die Förderung von Demokratie und die Umsetzung von Rechtsstaatlichkeit haben in jedem Politikansatz eine zentrale Rolle.

Politisches Handeln muss auf die aktuellen **globalen Rahmenbedingungen** Rücksicht nehmen. Eine wachsende Gruppe von politisch und wirtschaftlich aufstrebenden Staaten wie China und Indien, spielen eine immer stärkere Rolle. Gleichzeitig schwindet die Jahrhunderte währende Dominanz Europas und des Westens. Es muss daher zu Veränderungen in der ‚global governance‘ kommen, in der auch neue AkteurInnen Verantwortung übernehmen.

Mit der Agenda 2030 hat die internationale Staatengemeinschaft 17 nachhaltige Entwicklungsziele beschlossen: die **Sustainable Development Goals (SDGs)**. Soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit bilden das Fundament der Agenda, die für alle Staaten der Welt gilt. Wir erkennen an, dass die internationale Staatengemeinschaft die Agenda als Kompass für die gemeinsame Zukunft ansieht, sehen jedoch das in der Agenda 2030 enthaltene Wachstumsparadigma sowie die fehlenden Aktivitäten, die „normative Shifts“, die das Ändern des Wirtschaftssystem bedingen würden, kritisch.

Die Bedeutung der Agenda 2030 geht weit über die Entwicklungspolitik hinaus. Die Mitgliedsstaaten der UNO verpflichteten sich zur Umsetzung der Ziele auf nationaler,

regionaler und internationaler Ebene. Damit gehen wir eine Verpflichtung zur nachhaltigen Entwicklung unserer eigenen Gesellschaft ebenso wie zur nachhaltigen Gestaltung internationaler Zusammenarbeit ein. Österreich ist in der Umsetzung der Agenda 2030 noch nicht spürbar aktiv geworden.

### **Wir wollen globale Gerechtigkeit schaffen.**

Es geht um das Schaffen einer neuen, gerechten Weltordnung, die die Kluft zwischen Arm und Reich dauerhaft verringert und damit zur Sicherheit im nationalen und globalen Rahmen beiträgt. Diese Kluft besteht nicht nur zwischen sondern auch innerhalb der Länder. Wir stehen für **Verteilungsgerechtigkeit**, für den Kampf gegen Machtmissbrauch und Korruption. Dafür ist die Garantie aller Grund- und Menschenrechte unabdingbare Voraussetzung. Niemand darf aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Weltanschauung, sexueller Orientierung, Alter, Hautfarbe oder sonstigem Status diskriminiert werden.

## **II. Wir agieren in internationalen Strukturen.**

Österreichs Mitarbeit an einer **neuen globalen Ordnung** soll im Rahmen von Institutionen wie der EU und den relevanten internationalen und regionalen Organisationen wie der UNO, der OECD oder anderer relevanter Organisationen erfolgen. Deren Funktionsfähigkeit unter Beachtung der Ownership und demokratischer Entscheidungsprozesse, sowie das Agieren auf Grundlage der Menschenrechte ist ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Politik.

Da Entwicklungspolitik eine **Querschnittsmaterie** ist und viele Politikbereiche wie z.B. Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Energie- und Agrarpolitik für sie von höchster Relevanz sind, ist sicherzustellen, dass die Politikbereiche auf unterschiedlichen Ebenen (EU, Bund, Länder, Gemeinden) gut koordiniert sind und kohärent entwicklungsrelevante Ziele fördern.

Imperiale Politikmuster müssen beendet werden. Das Funktionieren der internationalen Institutionen ist für die österreichische Entwicklungspolitik von großer Bedeutung. Dafür sind die **aktive inhaltliche Mitarbeit** in den und die **ausreichenden finanziellen Mittel** für die entsprechenden internationalen Institutionen Voraussetzungen. Ziel ist, in möglichst vielen und für Österreich relevanten Bereichen die Politikformulierung von EU, UNO und den internationalen Finanzinstitutionen (wie z.B. Weltbankgruppe und Währungsfonds) mitzugestalten. Dafür ist in Österreich eine Bündelung aller einschlägigen Kapazitäten aus NGOs, Parlament und Regierung notwendig. Auch regionale und globale Player (wie die Bewegung der Blockfreien, die G77, ALBA oder anderen) können wichtige KooperationspartnerInnen sein.

Bei der Wahrung, Durchsetzung und Wiederherstellung der **Grundsätze des Völkerrechts** kommt der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere der UNO und dem UN-Sicherheitsrat, eine entscheidende Bedeutung zu. Imperiale und Großmachtinteressen müssen zugunsten globaler Partnerschaft zurückgedrängt werden. Österreich betreibt auf europäischer sowie internationaler Ebene die Verankerung des Paktes über die

wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte samt der Zusatzprotokolle. Sie müssen ebenbürtig zu den bürgerlichen und politischen Menschenrechten in allen relevanten nationalen und internationalen Gesetzen sein. Ebenso wie das Recht auf Entwicklung sind sie eine wichtige Basis für selbstbestimmte, emanzipatorische und freie Entwicklung aller Menschen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Ratifizierung und Einhalten der Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ein.

Wir SozialdemokratInnen erteilen **bewaffneten Auseinandersetzungen, Terrorismus und Gewalt eine klare Absage** und setzen uns für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik ein. Eine Beteiligung Österreichs und des österreichischen Bundesheeres darf nur im Rahmen von Aktionen erfolgen, die vom UN-Sicherheitsrat genehmigt wurden. Außerdem stehen wir für eine Verringerung der weltweiten Rüstungsausgaben.

Wir beobachten vermehrt, dass **multilaterale Prozesse** wenig oder nur langsam Fortschritte machen. Neben den angestrebten Reformen der multilateralen Institutionen fordern wir alle Verantwortlichen in Österreich auf, die Initiative zu ergreifen und sich im Verband mit gleichgesinnten Staaten für den Schutz der Menschenrechte einzusetzen und die vorhandene Expertise für die internationale Zusammenarbeit anzubieten.

### **III. Wir folgen den klaren Prinzipien der internationalen Solidarität.**

#### **So muss Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik aussehen**

**Politikkohärenz** im Interesse von nachhaltiger Entwicklung vereint alle Politiken eines Landes unter wohl durchdachten und abgestimmten Leitlinien. So darf es nicht passieren, dass die entwicklungspolitischen Anstrengungen eines Ressorts, durch die Aktivitäten eines anderen zunichte gemacht werden. Dafür sind sowohl die enge Abstimmung aller AkteurInnen als auch die richtigen Instrumente zur Erlangung von Politikkohärenz notwendig. Eine **gesamtosterreichische entwicklungspolitische Strategie** soll hier klare Vorgaben machen und Aktivitäten der Bundesministerien und anderer wichtiger Stakeholder abstimmen.

Wissenschaftliche Studien und (internationale) **Evaluierungen** haben der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) wertvolle Verbesserungsvorschläge unterbreitet, wie einerseits die Struktur der OEZA und andererseits die Vorgehensweise in Österreich verbessert werden kann. Diese sollen auch umgesetzt werden.

Wichtig für das Erreichen der **Politikkohärenz** sind die Etablierung starker und handlungsfähiger Instrumente, mit denen bei konkurrierenden Interessen Entscheidungen für nachhaltige Entwicklung getroffen werden können. Das Führen eines offenen entwicklungspolitischen Dialogs, sowie das Bündeln der Kräfte in der Zivilgesellschaft für eine starke Entwicklungspolitik in Österreich sind von Bedeutung.

Wir treten daher für einen umfassenden und ständigen **entwicklungspolitischen Dialog** in Österreich auf allen Ebenen ein. Es soll ein **entwicklungspolitisches Forum** aus den

Bereichen Regierung, Parlament, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Universität geschaffen werden. Dieses ist staatlich finanziert, agiert unabhängig, kann eigene Vorschläge ausarbeiten und diese direkt in den Entscheidungsprozess einbringen. Die Vorschläge bzw. die Kritik des Forums an Regierungsvorlagen und –programmen müssen berücksichtigt werden.

Zusätzlich muss die gesetzliche Bestimmung, dass der Bund die Ziele und Prinzipien der Entwicklungspolitik bei den von ihm verfolgten entwicklungsrelevanten Politikbereichen zu berücksichtigen hat, in die Praxis umgesetzt werden. Zu diesem Zweck sollte eine **entwicklungspolitische Folgenabschätzung** für jedes neue Gesetzesvorhaben durchgeführt und die Ziele der budgetären Wirkungsorientierung angepasst werden. Darüber hinaus fordern wir, dass im **Vorblatt** der jeweiligen Gesetzvorhaben ersichtlich werden soll, welches nachhaltige Entwicklungsziel es befördern soll bzw. welches es unterminieren könnte.

### **Zivilgesellschaft und Staat sind gleichberechtigte AkteurInnen.**

**Zivilgesellschaft und Staat** müssen im Norden wie im Süden verantwortlich und gleichberechtigt kooperieren. In Österreich sind NGOs und Parlamente in die langfristige Planung und in die Programmierung der bi- und multilateralen EZA einzubeziehen. Die Arbeit der NGOs ist durch mehrjährige Finanzierungsprogramme abzusichern, die in einer eigenen Budgetlinie auszuweisen sind. Ihr selbstbestimmter Auftritt in der Öffentlichkeit und freie Meinungsäußerung sind ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Entscheidungsprozesses. Fördermittel an NGOs müssen auch bei etwaigen regierungskritischen Beiträgen erhalten bleiben. Wir setzen uns für die Förderung der progressiven Zivilgesellschaft (NGOs, Gewerkschaften und andere) und starker Parlamente im globalen Süden ein. Dies stärkt das demokratische Bewusstsein und unterstützt die Realisierung der eigenen Rechte (Arbeitsrecht, Meinungsfreiheit, Mitbestimmung u.v.m.). Die Menschen werden dadurch ermächtigt, die sie bedrückenden Probleme selbst zu lösen. Dafür ist es notwendig die zivilgesellschaftlichen AkteureInnen vor Ort finanziell und logistisch zu unterstützen. Besonders wichtig ist der Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und das Unterbinden von Landgrabbing.

### **Der Staat soll als gutes Beispiel vorangehen: Öffentliche Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten.**

Die öffentliche Hand gibt in Österreich jährlich rund 40 Milliarden Euro für Güter und Dienstleistungen aus. Ob Bekleidung, Genuss- und Lebensmittel, Computer oder Spielzeug - immer mehr davon kommt aus Billiglohnländern und wird dort unter menschenverachtenden Arbeitsbedingungen hergestellt. Die **öffentliche Beschaffung** von Bund, Ländern und Gemeinden soll soziale und ökologische Kriterien beim Einkauf nachweislich berücksichtigen. So kann sie Vorbild für Unternehmen und KonsumentInnen sein und weltweit aktiv zum Umweltschutz, zu besseren Arbeitsbedingungen und zur Armutsminderung beitragen. Wir SozialdemokratInnen wollen bei allen unseren eigenen Veranstaltungen und Teilorganisationen darauf achten, Produkte des Fairen Handels zu verwenden und deren Verbreitung fördern.

**Private AkteurInnen und öffentliche Projekte müssen die Menschenrechte respektieren.**

**Soziale Verantwortung von Unternehmen** ist essentiell. Sie darf nicht als Marketinggag missbraucht werden. Um dies zu garantieren, müssen alle zuliefernden ProduzentInnen - egal an welchem Standort - unabhängig kontrolliert werden können. Verbindliche Regeln müssen für alle privaten Unternehmen zum Einhalten sozialer und ökologischer Standards gelten. Für KonsumentInnen muss anhand eines verlässlichen und unabhängigen Gütesiegels ersichtlich sein, ob zum Beispiel die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (etwa das Verbot von Kinderarbeit) und von Umweltschutzmaßnahmen gewährleistet sind.

Wir stehen für ein umfassendes Konzept der Entwicklungspolitik, das auf alle österreichischen Beziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern ebenso wie auf Aktivitäten in Österreich anzuwenden ist. Programme und große Projekte von privaten Wirtschaftstreibenden, wie Sportgroßveranstaltungen und öffentlichen Stellen im globalen Süden sollen daher einer **entwicklungspolitischen Verträglichkeitsprüfung** unterzogen werden, die nach menschenrechtlichen und ökologischen Kriterien wertet. Für aus öffentlichen Mitteln geförderte Projekte ist eine solche Prüfung durch NGOs und SozialpartnerInnen bindend vorzuschreiben. Außerdem soll eine faire lokale Verteilung der Gewinne von solchen geförderten Projekten nachgewiesen werden müssen.

**Entwicklungspolitik ins öffentliche Bewusstsein rücken: Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit fördern ein besseres Verständnis von globalen Zusammenhängen.**

Aus sozialdemokratischer Sicht hat der Staat die Aufgabe, die ÖsterreicherInnen über globale Entwicklungen, die Verhältnisse in den Ländern des Südens und die Auswirkungen des eigenen Handelns auf diese zu informieren. Dies geschieht durch Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit von NGOs und staatlichen Stellen. In der Bildungsarbeit ist das Konzept „**Globales Lernen**“ unerlässlich. Es definiert globale Themen als Querschnittsaufgabe von Bildung und unterstützt den Erwerb von Kompetenzen für ein Leben in der Weltgesellschaft.

**Asyl und Migration müssen auf Grundlage der Menschenrechte gestaltet sein.**

Naturkatastrophen, Krieg, Klimaüberhitzung, wirtschaftliche und politische Entwicklungen sowie Verfolgung zwingen Menschen in die Flucht und die unfreiwillige Migration. Diesen Menschen muss Schutz und Hilfe geboten werden. Eine kohärente Entwicklungspolitik kann langfristig einen Beitrag zur Überwindung oben genannter Push Faktoren leisten. Entwicklungspolitik darf aber nicht als Mittel zur Flucht- und Migrationsabwehr missverstanden werden. So zu tun, als würden einzelne Maßnahmen der EZA dazu führen, dass es keine Migration mehr etwa aufgrund von Kriegen oder Klimakatastrophen gibt, ist eine massive Überschätzung dieses Instruments. Entwicklungsgelder als Druckmittel für politische Ziele, etwa Rückführungsabkommen anzuwenden, ist eine wirkungslose Maßnahme und trifft genau jene Menschen, die die Hilfe vor Ort am dringendsten benötigen.

Der überwiegende Anteil an Migration vollzieht sich zwischen vor allem aber **innerhalb der Länder des globalen Südens**. Immer mehr Menschen streben an, in Ballungszentren zu leben. Daher sind aus entwicklungspolitischer Sicht die städtischen Strukturen zu stärken.

### **Die Gleichstellung der Geschlechter ist zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik.**

Aus sozialdemokratischer Sicht liegt der Schlüssel zur Gleichstellung in der ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen, in der Möglichkeit, bezahlter Arbeit nachgehen zu können, im Zugang zu Entscheidungsprozessen und zu Ressourcen und in gleichen Bildungschancen, um tradierte Rollenmuster besser überwinden zu können. Die Zusammenarbeit mit erfahrenen, aktiven Frauen-NGOs in Österreich und in den Partnerländern ist dabei essentiell.

Es ist darauf zu achten, dass bei der Beurteilung förderungswürdiger Projekte die **Gleichstellung der Geschlechter** und der Schutz bzw. die Förderung von Frauen und Kindern im Vordergrund stehen. Projekte und Vorschläge haben einen deutlichen Gender-Aspekt zu beinhalten und sind mittels des Gender Budgeting zu erstellen. Bei allen Bemühungen im Bereich der Außen- und Entwicklungspolitik sind die Bedürfnisse von Frauen speziell anzusprechen und von Maßnahmen, die Männern helfen sich in deren neuen Rollen zurecht zu finden, zu begleiten.

### **Humanitäre Hilfe nicht isoliert betrachten**

Humanitäre Hilfe bei von Menschen verursachten oder Naturkatastrophen muss Teil eines globalen Politikansatzes sein. Dabei geht es in erster Linie um rasche und effiziente Hilfestellung, wofür die entsprechenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen eingesetzt werden. Humanitäre Hilfe darf aber nicht abgekoppelt von den Gegebenheiten der jeweiligen Region und nur punktuell geleistet werden. Wir sind der Ansicht, dass langfristige Krisenprävention unerlässlich ist und Katastrophen und deren Auswirkungen vermeiden oder lindern kann. Darüber hinaus ist Humanitäre Hilfe mit den Zielen und Maßnahmen der Entwicklungspolitik abzustimmen.

## **IV. Wir statten die EZA mit den notwendigen Mitteln aus.**

Sinnvolle internationale Zusammenarbeit erfordert den Einsatz ausreichender Mittel. Österreich muss Zusagen einhalten und daher in der nächsten Regierungsperiode zunächst den Durchschnitt der EU und in der Folge das 0,7% - Ziel (gemessen am Bruttonationaleinkommen, BNE) erreichen. Dazu ist ein politisch akkordierter und mit finanziellen Zusagen ausgestatteter Pfad zu erstellen, wann die Etappenziele in Richtung 0,7% im Bereich der gestaltbaren EZA erreicht sein sollen.

Die ADA ist ausdrücklich für die Verwaltung höherer Mittel der bilateralen Zusammenarbeit geschaffen worden. Das geplante Aufstocken der Mittel muss den Schwerpunktländern zu Gute kommen und darf nicht zur vermeintlichen Migrationsabwehr missbraucht werden.

Internationale Zusammenarbeit muss in Österreich so verankert sein, dass es **breites öffentliches Verständnis** für entwicklungspolitische Zusammenhänge gibt. Der Hetze gegen die internationale Zusammenarbeit durch rechtspopulistische Parteien treten wir entschieden entgegen.

## **V. Wir verstehen nachhaltige Entwicklung umfassend.**

**Die Finanztransaktionssteuer verhindert schädliche Spekulationen und ist, wie ein gerechtes Steuersystem, Einnahmequelle für die Bewältigung globaler Herausforderungen.**

Der Umgang mit aktuellen Krisen verlangt nach einer neuen internationalen Finanzmarktarchitektur mit wirksamen nationalen und internationalen Kontroll- und Regulierungsmechanismen. Diese sollen auch die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer** beinhalten. Die hierbei eingenommenen Mittel sollen zweckgebunden zur globalen Armutsminderung und zur Herstellung gerechter Strukturen verwendet werden. Geänderte Finanzmarktstrukturen verhindern verantwortungslose und zerstörerische Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Durch unsaubere Steuerpraktiken entgehen den Entwicklungsländern etwa 100 Milliarden US-Dollar jährlich. Um den öffentlichen Haushalten die notwendigen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zuzuführen, sind Steuerfluchtzentren, sowie das Ausweichen in Niedrig-Steuer-Länder zu unterbinden. Entwicklungs- und Schwellenländer müssen in die Lage versetzt werden, über starke Steuersysteme eigene Ressourcen zu mobilisieren.

### **Nichttragbare Schulden hindern Entwicklung.**

Länder müssen die Möglichkeit auf eine geregelte Insolvenz haben, um erneut wirtschaftliche Anreize zu setzen und Sozialausgaben tätigen zu können. Die Sozialdemokratie tritt für die Einführung eines transparenten, vom Internationalen Währungsfonds unabhängigen und effizienten Verfahrens zur Schuldenregulierung ein. In einem **fairen Schiedsverfahren** soll es die Möglichkeit der Staateninsolvenz geben. Eine Streichung von "odious debts" (eine demokratische Regierung ist nicht zur Bezahlung der Schulden eines diktatorischen Vorgängerregimes verpflichtet), sowie von Phantomschulden (aufgelaufen durch Anstieg des internationalen Zinsniveaus bzw. die mehrfache Verzinsung von Zinsen) soll möglich sein. Im Rahmen des Entschuldungsverfahrens ist sicher zu stellen, dass freiwerdende Mittel für öffentliche Investitionen zur Arbeitsplatzbeschaffung sowie für die Etablierung eines tragfähigen sozialen Netzes im Sinne einer langfristigen Armutsminderung verwendet werden.

## **Eine gerechte Wirtschaftsordnung mit einem nachhaltigem Handelsregime ist für die Umsetzung des Rechts auf Entwicklung unerlässlich.**

Österreich muss sich vor allem im Rahmen der EU für die Entwicklung eines **sozial und ökologisch nachhaltigen Welthandels** einsetzen. Die europäische Agrarpolitik hat von der bloßen Flächenförderung Abstand zu nehmen und die Umsetzung des Rechts auf Nahrung zu verfolgen. Bei Nachhaltigkeitsprüfungen eines Handelsabkommens sind alle relevanten Aspekte der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Abkommen zu berücksichtigen. Neben RegierungsvertreterInnen haben auch Parlamente, Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft der betroffenen Länder im Monitoringprozess eine aktive Rolle zu spielen.

## **Good Governance ist die Grundlage für demokratische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung.**

Österreichs Entwicklungspolitik setzt sich für die Durchsetzung von **Good Governance** und der Menschenrechte in den Ländern des Südens und des Nordens ein und arbeitet daher nur mit jenen Regierungen zusammen, die nachweisbar diese Grundsätze umsetzen. In allen anderen Ländern wird sie nur Programme und Projekte in Zusammenarbeit mit Kräften der Zivilgesellschaft fördern, insbesondere solche, die die Stärkung des demokratischen Bewusstseins und freier Medien, die Organisierung der Zivilgesellschaft, dem Agieren von freien Gewerkschaften und die Selbsthilfe gegen soziale Benachteiligung im Sinne des Empowerments zum Ziel haben. Von besonderer Bedeutung ist die Förderung von inklusiven, partizipativen und transparenten Planungs- und Entscheidungsprozessen auf lokaler Ebene.

## **Das Einhalten der sexuellen und reproduktiven Rechte ist der menschenrechtsbasierte Schlüssel für verantwortungsvolles Bevölkerungswachstum.**

Aktuell sterben jährlich etwa 300.000 Frauen an Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt. Die meisten dieser Todesfälle sind vermeidbar. Jede Frau muss frei entscheiden können, ob sie eine Schwangerschaft austragen möchte.

Mangelndes Wissen über und fehlender Zugang zu Verhütungsmitteln, Zwangs- und Kinderheirat, weibliche Genitalverstümmelung, Gewalt und sexualisierte Gewalt gegen Frauen, fehlende Bildung sowie deren niedriger sozialer und ökonomischer Status hindern Frauen am Ausleben ihrer Rechte. Kann eine Frau **selbstbestimmt** den Zeitpunkt und die Anzahl ihrer Schwangerschaften wählen, wird sie sich in der Regel für weniger Kinder und dies zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. So werden die Risiken von Schwangerschaften Minderjähriger vermieden und es kann mehr in die Ausbildung der Kinder investiert werden. Aufklärung statt Zwang ist die Devise: aus sozialdemokratischer Sicht ist die Wahrung der sexuellen und reproduktiven Rechten ein Schlüssel für nachhaltige Entwicklung. Eng hiermit verbunden ist ein verbesserter Zugang zu medizinischer Versorgung für Frauen, insbesondere auch durch eine verstärkte Ausbildung von Ärztinnen.



## **HIV/Aids, Tuberkulose, Malaria und andere Krankheiten können durch Prävention und Zugang zu Generika eingedämmt werden.**

Um HIV/Aids und andere Krankheiten einzudämmen, sind sowohl Mittel für Aufklärung und Prävention nötig, als auch moderne medizinische Behandlung mit leistbaren Medikamenten. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik setzt sich für die barrierefreie Verwendung von **Generika** ein, die der Gesundheit der Menschen und nicht der Profitmaximierung der Pharmakonzerne dienen. Die Antidiskriminierung und der menschenrechtliche Schutz von Personen mit HIV/Aids sind zentrale Anliegen.

Wir sehen die Bekämpfung anderer gefährlicher Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose, Bilharziose, Dengue-Fieber und ähnliche epidemische Krankheiten als entwicklungspolitische Herausforderung, die es zu bewältigen gilt. Weil diese die Erkrankten vom Schulbesuch und Erwerb ausschließen, können sie zur Armutsfalle werden.

## **Inklusive Entwicklung: Auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung eingehen.**

Seit der Novelle des EZA Gesetzes 2003 ist die Berücksichtigung von speziellen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen in der OEZA vorgesehen. Bisher ist es weitgehend bei diesem Bekenntnis geblieben. Wir sind der Meinung, dass durch Pilotprojekte, Erfahrungsaustausch mit anderen Geberländern und einem Good Practice Katalog Initiativen gesetzt werden sollten, um den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung zu entsprechen. Programme und Projekte zur Bekämpfung der Armut sollten gezielt bei den aller Ärmsten und Rechtlosen ansetzen. Deren Bedürfnisse müssen **bei der Planung** von Projekten mit einbezogen werden, um eine partizipative Strategie zur Stärkung der grundlegenden Menschenrechte - auf Leben, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Mitbestimmung, Gleichheit, Nicht-Diskriminierung etc. – auszuarbeiten.

## **Das Stärken von BürgerInnenrechten ist Teil der Entwicklungspolitik.**

Seit den Anschlägen des 11. September 2001 wird restriktive Politik, die BürgerInnenrechte und individuelle Freiheit einschränkt, oft mit Terrorismusbekämpfung begründet. Wir lehnen solche überzogene Maßnahmen von Regierungen ab. Aus Sicht der Sozialdemokratie können Extremismen und Bereitschaft zu terroristischen Aktivitäten nur durch Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten für alle, globalen Wohlstand sowie das **Fördern progressiver Zivilgesellschaften** gehindert werden. Demokratische Strukturen, Gewaltentrennung, Presse- und Meinungsfreiheit, der Schutz der Menschenrechte und der Privatsphäre sind unabdingbare Grundlagen für Frieden und somit Gegenstand der Entwicklungspolitik.

## **Kulturelle Vielfalt ist Teil sozialdemokratischer Entwicklungspolitik.**

Wir betrachten Entwicklung als gesamt menschlichen und gesamtgesellschaftlichen Emanzipationsprozess, der **Kultur in all ihrer Vielfalt** einbezieht. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik fördert den ganzen Menschen, so auch sein kulturelles Tun. Die Bewahrung kulturellen Erbes und der Einsatz kultureller Mittel und Praktiken stärkt das

Selbstbewusstsein von Einzelnen und Gesellschaften als Ganzes. In diesem Sinne ist Kulturarbeit in unterschiedlichen Formen ein wichtiger Beitrag für Entwicklung

**Basierend auf lokalen, facettenreichen und autarken Landwirtschaftssystemen muss Ernährungssouveränität sichergestellt sein.**

**Landgrabbing**, also das Kaufen oder Pachten von Ackerland durch Drittstaaten oder Konzerne mit der Absicht, Produkte für den eigenen Bedarf anzubauen und außer Landes zu bringen, unterminiert die Ernährungssouveränität von Staaten. Es raubt den lokalen Gesellschaften den Ertrag aus eigenen Ressourcen und führt zu Hunger und Abhängigkeit. Das Nutzen von Flächen für klimapolitisch kontraproduktive **Agrotreibstoffe** führt zu menschenrechtlichen Problemen durch Vertreibungen und illegitime Enteignungen, sozialen Problemen aufgrund des Entzugs der Lebensgrundlage und zu Hungerproblemen wegen der steigenden Preise für Nahrungsmittel, die in Konkurrenz mit Treibstoffen stehen. Sowohl hinsichtlich Landgrabbing als auch Agrotreibstoffen steht die Ernährungssouveränität an oberster Stelle. Agrotreibstoffe sind nicht die richtige Lösung für den dringend notwendige Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen.

**Patentierungen von Lebewesen, Pflanzen, Nahrungsmitteln** und ihren Gensequenzen ebenso wie gentechnisch manipuliertes Saatgut und einzig dazu passende Düngemittel machen von Milliarden Menschen von wenigen Konzernen abhängig. Aus sozialdemokratischer Sicht sind solche Praktiken strikt abzulehnen. Ländliche Entwicklung muss die Interessen der SubsistenzbäuerInnen und der Nahrungsmittelversorgung der Länder des Südens im Fokus haben.

Darüber hinaus sprechen wir uns für eine nachhaltige **Fischereipolitik** aus, welche die Rechte der KüstenbewohnerInnen respektiert, den Beifang reduziert und auf kleinere Fangflotten setzt. Österreich als Binnenland muss seine politische Verantwortung für den Schutz der Meere durch das Eintreten für klar definierte Schutzgebiete und das Einhalten der Rechte der AnrainerInnen wahrnehmen und ebenso dafür eintreten, dass es in der Fischereiwirtschaft keinerlei sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse mehr gibt. Zum Schutz der Meere ist es auch unerlässlich, das Meer nicht weiter mit Plastik zu verschmutzen.

Letzte Aktualisierung im September 2018.

Kontakt: Petra Bayr, SP-Bereichssprecherin für globale Entwicklung:  
[petra.bayr@parlament.gv.at](mailto:petra.bayr@parlament.gv.at)